

Unser kleines *DNF*-Jagdbrevier (26)

Luxemburger Reviersystem verstößt gegen Menschenrechte!

Ombudsman-Stellungnahme bewusst unterschlagen?

Dass das Luxemburger Jagdgesetz dringend einer Reform bedarf, darüber scheinen sich alle einig. Aber dass bereits eine Jurisprudenz besteht, durch die sich das ominöse hiesige Reviersystem samt Jagdsyndikat in der Illegalität befindet, ist laut Knoutermann Marc Backfisch seit langem gewusst. Bloß dass niemand die Stellungnahme des Ombudsman publik machen wollte. Nicht einmal die Abgestorbenen.

Am vergangenen Montag waren alle Parteien – Knallköpfe, Forstverwaltung, Landwirte, Umweltschützer und Jagdkritiker – zu einem öffentlichen Hearing in die Abgestorbenenkammer geladen worden, um ihrer Meinung zur neuen Jagdgesetzgebung Ausdruck zu verleihen.

Und im Vorfeld hatte das *Kack-Elei* am 20. März eine Sendung ausgestrahlt, die vor lauter „Objektivität“ nur so strotzte. Forstverwaltung und *Mouvemang* waren sich zum Beispiel einig, dass das massive Füttern und Kirren das Hauptproblem von Waldschäden und Wildüberschuss darstellt. Aber warum werden Schweine und Rehlein denn überhaupt gefüttert?

Ganz einfach: Wer viel Geld in sein teures Hobby Freizeitjagd investiert, der will natürlich auch auf seinen Jagdlosen die dicksten Viecher abknallen. Und damit Sechzehnder und Wildsäue nicht zum nachbarlichen Konkurrenten abwandern, wird natürlich gemästet, was das Zeug hält. Mit Natur hat dieses ganze perverse System nicht mehr das Geringste zu tun. Hirsche und Rehe, die eigentlich von Haus aus äsende – also Gras fressende Tiere sind – werden durch dieses Kraftfutter derart künstlich aufgemöbelt, dass sie jetzt gezielt Neuanpflanzungen von Bäumen – vor allem deren Rinde – anknabbern. Die Waldschäden gehen in die Millionen.

Das Hauptproblem ist das Reviersystem

Was Winder, dass *FSHCL*-Präsident Jos Uerg auf RTHell seine Freizeit-Gurkentruppe bis aufs Blut verteidigte und keck forderte, der Staat möge sich doch bitte ganz aus der Knallerei in Wald und Flur heraushalten. Die Jäger würden es schon richten, am besten natürlich, wenn ihre Vereinigung auch noch das Statut „*d'intérêt public*“ erhalte. Dann könnten sie nach Gutdünken ihre Jagdscheine vergeben und ihre Waldschrate vereidigen, die dann sozusagen den Normalbürger mit Polizeigewalt aus ihren Schießorgien vertreiben könnten. Also eine Art Staat im Staat.

Das böse Urteil

Bisher hat die Vetternwirtschaft zwischen Knallköpfen und Forstverwaltung ja immer perfekt funktioniert. Die riesigen Jagdlose von *FSHCL*-Präsident Jos Uerg und dem Direktor von *Chasse et Pêche* Ady Stier liegen in Niederfeulen direkt nebeneinander, und eine Krähe hackt der anderen bekanntlich kein Auge aus.

Indes: Eine kämpferische Viandener Geschäftsfrau (siehe *DNF* 520) hatte sich bereits vor Jahren mit diesem quasi gottgewollten System nicht abfinden mögen und war vor Gericht gegangen, um ihre zwei Hektar Waldbesitz aus dem Jagdsyndikat heraus zu nehmen. Unter Berufung auf ein Urteil der Straßburger *Cour Européenne des Droits de l'Homme*, das am 29. April 1999 in der so genannten *Affaire Chassagnau* verfügt hatte, dass niemand gezwungen werden könne, seinen Grund und Boden für Jagdzwecke zu verpachten, teilte sie dem Viandener Jagdsyndikat am 25. Mai 2000 per Einschreiben mit, ihre Familie gedenke, die ihr gehörenden Waldparzellen künftig aus dem Jagdperimeter herauszunehmen. Und sie bekam Recht.

Als das Urteil in erster Instanz publik wurde, tönnte Umweltminister Charel Göre via *Kack-Elei*, ein solcher Richterspruch stelle das ganze Luxemburger Reviersystem in Frage, und der Staat werde selbstredend gegen diesen groben Unfug Berufung einlegen. Er, Göre, werde „*die Büchse der Pandora in Sachen Jagdrecht in Luxemburg jedenfalls nicht öffnen*“.

Doch die *Cour Administrative* blieb auch in zweiter Instanz beharrlich: « *L'obligation d'adhésion au syndicat de chasse constitue en effet une ingérence dans la liberté d'association ,négative' et la Cour européenne des droits de l'homme a retenu dans ce contexte que 'bien qu'il faille parfois subordonner les intérêts d'individus à ceux d'un groupe, la démocratie ne se ramène pas à la suprématie constante de l'opinion d'une majorité mais commande un équilibre qui assure aux minorités un juste traitement et qui évite tout abus d'une position dominante', de sorte qu'une restriction à un droit que consacre la Convention doit être proportionnée au but légitime poursuivi.* »

Ombudsman Marc Backfisch bestätigt Jurisprudenz

Den Luxemburger Knallköpfen und der Forstverwaltung war dieses Urteil natürlich ein Dorn im Auge, da es das ganze Reviersystem in Frage stellte. In der Folgezeit wollten jetzt natürlich auch andere Waldbesitzer aus dem Jagdsyndikat austreten. Doch sie bekamen immer zu hören, das Urteil gelte nur für die Viandener Familie.

Einem Herrn aus Fingig wurde die Sache dann zu bunt, und er wandte sich an Knoutermann Marc Backfisch.

Und dessen Dienststelle bestätigte ihm *expressis verbis* u.a.:

„*Les conclusions de l'arrêt Chassagnou de la Cour européenne des droits de l'homme s'appliquent à la loi luxembourgeoise, de sorte qu'il y a violation de l'article 11 de la Convention des Droits de l'Homme (...).* »

Also darf künftig jeder von seinem demokratischen Recht Gebrauch machen, sein Eigentum aus dem Jagdperimeter zu entfernen.

Warum Backfischs Stellungnahme, die sowohl am 16. Februar 2007 an Umweltminister Jux als auch an Kammerpräsident Lucien Langweiler – und somit an alle Abgeordneten – weitergeleitet wurde, erst auf Umwegen publik publik gemacht wurde, das weiß der Geier.

Der Gesamttext kann übrigens über <http://www.vogelschutz-komitee.com/> abgerufen werden.

Hugo Habicht